

Strahlentelex

Informationsdienst • Unabhängige Meßstelle Berlin des Strahlentelex

Nr. 118-119 / 5. Jahrgang

5. Dezember 1991

Buchmarkt

Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz

Vor drei Jahren brach Michael Beleites aus Gera in Thüringen ein Tabu und veröffentlichte seine Studie „Pechblende“ über den Uranbergbau in der DDR und seine Folgen (Strahlentelex 37 und 38/1988 vom 21.7. und 4.8. 1988). Mindestens ebenso fesselnd und aufrührend liest sich jetzt die Geschichte seines damit verbundenen Konflikts mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS/Stasi) der DDR. Bereits im vorigen Jahr hat Michael Beleites seine Stasi-Akten kopieren können. Zusammen mit seinem Briefwechsel, den er mit staatlichen Stellen führte und Gedächtnisprotokollen, die er nach Stasi-Vorladungen für die Kirchenleitung geschrieben hatte, veröffentlichte Michael Beleites sie jetzt als Buch: „Untergrund - Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz“, BasisDruck-Verlag, Berlin.

Ich glaube, die wesentliche Ursache für das reibungslose Funktionieren jedes manifesten Unrechts besteht in der organisierten Distanz zwischen Tätern und Betroffenen. Im Fall des Stasi-Systems stand diese Distanz auf drei Säulen: Es durften keine direkten Gespräche zwischen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern und den betroffenen „Vorgangs-Personen“ stattfinden. Die Sprache der Stasi prägte eine Entfremdung und Entpersönlichung im Denken. Und es existierte eine ideologische Barriere. Gegnern der bestehenden Ordnung wurde die menschliche Würde aberkannt, sie kaputtzuspielen erschien legitim. Bezeichnend dafür ist auch, daß sich die Stasi bei einer noch so gründlichen Bespitzelung kaum für die wirklichen Motive der „Verdächtigen“ interessierte. Diese Schlußfolgerungen zieht Michael Beleites aus

den Erfahrungen seines Konflikts mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS/Stasi) der DDR.

Zu den Hauptaufgaben der Stasi gehörten die Kontrolle aller staatlichen Bereiche, die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens und die Isolierung und Kriminalisierung der Kritiker. Die Informationsbeschaffung diente der Sicherung und Stabilisierung der Macht des SED-Parteiapparates. Es verwundert deshalb nicht, wenn jemand wie Michael Beleites von den Mühlsteinen der Stasi erfaßt wurde. Er hat eines der bestgepflegten Tabus der DDR gebrochen und die Tatsachen des Uranbergbaus in den Uranprovinzen Sachsen und Thüringen in die öffentliche Diskussion gebracht.

Nicht nur unbedarfte Leser aus dem Westen irritiert die Ausdrucksweise in den Stasi-Dokumenten über

Fortsetzung Seite 3

Grenzwerte im Vergleich

Geringerer Strahlenschutz nach Ex-DDR-Recht

Im Auftrag von Greenpeace hat der Diplom-Physiker Christian Küppers vom Ökologie-Institut Darmstadt jetzt einen Vergleich über die Strahlenschutzgrenzwerte nach der Verordnung über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz (VOAS v.11.10.1984, GBl. I Nr. 30 S.341; Ex-DDR-Recht) und nach der Strahlenschutzverordnung der Bundesrepublik Deutschland (StrlSchV, Fassung v.30.6.1989,

BGBl. 1989 I S.1321, ber. I S.1926, geändert 1990 BGBl. I S.607 u. II S.885, 1116) vorgelegt. Nach dem Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gelten „für bergbauliche und andere Tätigkeiten, soweit dabei radioaktive Stoffe, insbesondere Radonfolgeprodukte, anwesend sind“, die DDR-Bestimmungen fort. Wegen der damit verbundenen Schlechterstellung der Bürger in den neuen

Datenschutz

Wenn Sie umziehen

Am 1. Juli 1991 ist die Postdienst-Datenschutzverordnung in Kraft getreten. Deshalb bittet die Deutsche Bundespost Postdienst jetzt darauf hinzuweisen, daß sie dem Verlag die neue Adresse eines Abonnenten mitteilt, wenn sie diese kennt und auch wenn kein Nachsendeantrag gestellt worden ist. Ihr Einverständnis hierzu wird vorausgesetzt, falls Sie dem nicht innerhalb von drei Wochen widersprechen. Es bedanken sich die Post und

Ihr Strahlentelex-Verlag ●

Terminhinweis

Wegen der kommenden Feiertage

erscheint die nächste Ausgabe des Strahlentelex erst am 9. Januar 1992. Bis dahin wünschen wir Ihnen angenehme Weihnachtsfeiertage und einen guten Jahreswechsel.

Ihre Strahlentelex-Redaktion ●

Bundesländern hat Greenpeace nun in Karlsruhe eine Verfassungsklage eingereicht.

Sowohl nach altem DDR-Recht als auch nach BRD-Recht müssen die strahlenschutzrechtlichen Schutzvorschriften bei den Tätigkeiten der

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt:

M. Beleites – Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz 1,3-5

Chr. Küppers – Geringerer Strahlenschutz nach Ex-DDR-Recht 1,2

Plutoniumwirtschaft 6

Im Überblick: Nahrungsmittel-Belastungen 7

Fortsetzung von Seite 1

Geringerer Strahlenschutz nach Ex-DDR-Recht

Wismut angewendet werden, stellt Küppers in seinem Gutachten fest. Die Nichtausklammerung der Strahlenschutzverordnung durch den Einigungsvertrag hätte also die Anwendung der Strahlenschutzverordnung zur Folge.

Die Systematik der Freigrenzen nach altem DDR-Recht und der Strahlenschutzverordnung ist nur teilweise ähnlich, erklärt Küppers. Die Freigrenzen für Emissionen seien nach der Strahlenschutzverordnung so bemessen, daß ein großer Teil des jährlichen Trinkwasserkonsums und der jährlich eingeatmeten Luft unmittelbar aus den unverdünnten Emissionen bestehen kann. Die Grenzwerte der jährlichen Aktivitätszufuhr (ALI-Werte) unterscheiden sich nach Ex-DDR-Recht und BRD-Recht trotz der weitgehend identischen Grundlagen für deren Errechnung. Dies hänge, so Küppers, mit den gegenüber dem Ex-DDR-Recht nach der Strahlenschutzverordnung wesentlich restriktiveren Organdosen zusammen. Denn bei langlebigen Radionukliden, die zu Einzelorganbelastungen führen, sei dann nicht mehr die effektive Äquivalentdosis grenzwertbestimmend. Für Abraummaterial, Ableitungen aus Aufbereitungsbetrieben und für die Folgeprodukte der Radon-222-Auswürfe aus Halden und Absetzbecken sind danach die Schutzziele der Strahlenschutzverordnung in Verbindung mit den festgelegten Berechnungsverfahren wesentlich schärfer als die Freigrenzenregelung nach Ex-DDR-Recht.

Tabelle 1 zeigt einen Vergleich von Dosisgrenzwerten für Personen aus der Bevölkerung nach VOAS (Ex-DDR-Recht) und Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) in den nach den Tätigkeiten der Wismut AG relevanten Organen und Geweben. Die maximal in einem Jahr zulässigen Dosen für Personen aus der Bevölkerung sind damit nach Ex-DDR-Recht 16,7-fach bis 167-fach höher als nach BRD-Recht. Die Strahlendosen in Milli-Sievert (mSv) können nicht gemessen werden, sondern werden anhand von Modellvorstellungen berechnet, betont Küppers. Wegen der Anwendung anderer Berechnungsmethoden in der Ex-DDR (u.a. keine Anwendung eines Konzepts der ungünstigsten Einwirkungsstelle) sei der Schutzgrad des Ex-DDR-Rechts noch darüber hinaus deutlich geringer als der Schutzgrad des BRD-Rechts.

In Tabelle 2 stellt Küppers für Ex-DDR-Recht und BRD-Recht gegenüber, wieviel Radon-222 pro Jahr von Personen aus der Bevölkerung mit der Atemluft aufgenommen werden darf, wieviel Blei-210 und Radium-226 zur Aufnahme mit Nahrungsmitteln zugelassen ist, und wieviel Blei-210 und Radium-226 in festen Nahrungsmitteln zugelassen ist.

Tabelle 1

Vergleich von Dosiswerten für Personen aus der Bevölkerung

nach Küppers, Darmstadt 24.10.1991

Organ, Gewebe	nach VOAS (Ex-DDR-Recht)	nach StrlSchV (BRD-Recht)
Effektive Dosis	5 mSv/Jahr*	0,3 mSv/Jahr
rotes Knochenmark	50 mSv/Jahr	0,3 mSv/Jahr
Lunge	50 mSv/Jahr	0,9 mSv/Jahr
Knochenoberfläche	50 mSv/Jahr	1,8 mSv/Jahr
Leber	50 mSv/Jahr	0,9 mSv/Jahr

* langfristig im Mittel 1 Millisievert pro Jahr (1 mSv/Jahr)

Tabelle 2 Vergleich verschiedener abgeleiteter Grenzwerte
nach Ex-DDR-Recht und BRD-Recht
für Personen aus der Bevölkerung

nach Küppers, Darmstadt 24.10.1991

	Ex-DDR-Recht	BRD-Recht
zulässige jährliche Aufnahme von Radon-222 und seinen Folgeprodukten über die Atemwege		
bei Erwachsenen	300000 Bq ^a 60000 Bq ^b	24000 Bq
bei Kleinkindern	30000 Bq	24000 Bq
zulässige jährliche Aufnahme von Blei-210 über die Nahrung		
bei Erwachsenen	2000 Bq ^a 400 Bq ^b	82 Bq
bei Kleinkindern	200 Bq	27 Bq
zulässige jährliche Aufnahme von Radium-226 über die Nahrung		
bei Erwachsenen	7000 Bq ^a 1400 Bq ^b	265 Bq
bei Kleinkindern	700 Bq	39 Bq
zulässige Konzentration in Wurzelgemüse		
von Blei-210	1,15 Bq/kg ^c	0,48 Bq/kg ^d
von Radium-226	4,02 Bq/kg ^c	1,56 Bq/kg ^d

Bq = Becquerel; Bq/kg = Becquerel pro Kilogramm

^a maximal in einem Jahr^b langfristig im Mittel über 50 Jahre^c errechnet nach der Freigrenze für Lebensmittel der Durchführungsbestimmung zur VOAS und dem mittleren jährlichen Verbrauch nach BRD-Statistiken^d errechnet aus den Dosisgrenzwerten in Verbindung mit Daten der Referenzperson nach Anlage XI StrlSchV für den Fall, daß eine künstliche Strahlenbelastung nur über die Aufnahme des angegebenen Radionuklids (Blei-210 bzw. Radium-226) mit der Nahrung auftritt (sonst ist der Wert entsprechend geringer anzusetzen)

Der Vergleich dieser abgeleiteten Grenzwerte zeigt den deutlich geringeren Schutzgrad des Ex-DDR-Rechts gegenüber dem BRD-Recht.

Referenz:

Christian Küppers: Vergleich der

Strahlenschutzgrenzwerte nach der Verordnung über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz (DDR-Recht) mit der Strahlenschutzverordnung der BRD. Studie im Auftrag von Greenpeace/Zweigbüro Berlin, Darmstadt 24.10.1991. ●

Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz

den „Teiloperativvorgang VI ‚Entomologe‘ des Zentralen Operativen Vorgangs ‚Konflikt‘“, wie Beleites von der Hauptabteilung XX/4 des Ministeriums für Staatssicherheit bezeichnet wurde. Die Sprache der Stasi ist geprägt von Abkürzungen, Substantivierungen, von immer wiederkehrenden Wörtern, die in ihrer eigentlichen Bedeutung verändert oder eingeschränkt zu bestimmten internen Begriffen geworden sind. Ein Ermittlungsverfahren durchführen oder Informationen beschaffen hieß „Bearbeiten“. Und „bearbeitet“ wurde nicht ein Mensch, sondern ein „Material“ oder ein „Vorgang“, stellt Beleites dar. Die Stasi arbeitete grundsätzlich „operativ“. Es gab operative Mitarbeiter, operative Dienstleistungen, operative Personenkontrollen, operative Vorgänge, operative Beobachtungen, politisch-operative Gründe. Mit der Bezeichnung „Operationsgebiet“ meinte man die Bundesrepublik und West-Berlin. Aktive politische Gegner waren „Feinde“, weniger aktive waren „negativ“ und in der Sammelbezeichnung „feindlich-negativ“. Wenn Ausreiseartragsteller die DDR verlassen durften, wurden sie „aufgelassen“. In die Reisesperre wurde man „eingelegt“. „Kompetent“ bedeutete bei der Stasi nicht befähigt, sondern befugt. Nicht nur die Spitzel erhielten Decknamen, sondern auch die Bespitzelten. Sprachliche Begriffe wie „Fahndungsobjekt“, „Material“, „bearbeiten“ und „einlegen“ schafften Distanz zu den betroffenen Menschen.

Nicht eine mögliche „Herabwürdigung“ der offiziellen DDR-Umweltpolitik, sondern der „Verdacht ... der Nachweisführung, daß auf diesen Gebieten - besonders Umweltschutz/Ökologie - in der DDR zu wenig getan wird“, war der Stein des Anstoßes, den „Bürger der DDR Beleites, Michael“ „operativ zu bearbeiten“. Der Stasi war offenbar völlig klar, zeigt Beleites in seiner Dokumentation, daß auf dem Gebiet des Umweltschutzes in der DDR „zu wenig getan“ wurde. Es war aber verdächtig, dies im Zusammenhang mit der Friedens- und Umweltbewegung nachweisen zu wollen.

Mit der Nachricht von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl breiteten sich auch unter der DDR-Bevölkerung Verunsicherung und Angst aus. Vielen seiner Mitbürger in Gera stellte sich dabei die Frage nach möglichen Auswirkungen des Uranbergbaus der SDAG Wismut in einer ganz neuen Dimension, berichtet Beleites. Östlich an die Stadt Gera grenzt das größte europäische Uranbergbaugebiet, das unter Geologen auch als die „mitteleuropäische Uranprovinz“ bezeichnet wird.

„Wismut“ war nicht nur der Firmenname für die nach dem zweiten Weltkrieg vom sowjetischen Militär aufgebaute Uranbergbauindustrie in Ostdeutschland, Wismut war ein Staat im Staate DDR. Neben der Territorialstruktur der 15 Bezirke in der DDR gab es noch eine „Gebietsleitung Wismut“ der SED, eine „Objektverwaltung Wismut“ der Stasi und auch ein separates „Gesundheitswesen Wismut“. Obwohl die Wismut der größte Arbeitgeber in Ostthüringen und Westsachsen war, war sie einer der geheimnisumwüttesten Bereiche in der DDR. Man wußte nur, daß hier ganze Landschaften und die Gesundheit tausender Menschen dem sowjetischen Atombombenprogramm geopfert wurden. Sobald das Wort „Wismut“ fiel, verstummten viele Gespräche, denn Wismut war ein Tabu-Thema. Die Thematisierung der uranbergbaubedingten Umweltprobleme war daher ein sehr heikles Unternehmen, weil klar war, daß die Stasi dies als einen Angriff auf die von ihr bestens beschützte Wismut auslegen würde. Das war Beleites klar, um so bewundernswerter ist seine Geradlinigkeit.

„Der B. entstammt einer Pfarrerrfamilie... Auf Grund pluralistischer Tendenzen in der elterlichen Erziehung entwickelte er frühzeitig negativ-feindliche Ansichten zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR, ohne daß diese im Rahmen der Schule sonderliche Beachtung fanden. Sein Interesse galt von Kindesbeinen der Natur und Umwelt... Charakterlich ist der B. sehr willensstark, dabei jedoch eigensinnig und im gewissen Rahmen sporadisch und unberechenbar...“. So beurteilte ihn die Stasi 1985, als er gerade 21 Jahre alt war.

Als Zwischenspiel stellt sich Beleites Engagement im Kulturbund Gera-Stadt dar, wo er 1986 eine Umweltgruppe gründete. Bereits im Juni 1987 konnte die Stasi melden: „Durch operative Einflußnahme hat ein IM unserer DE die Leitung der Interessengemeinschaft übernommen, womit die Voraussetzungen zur Änderung der Ziel- und Aufgabenstellung sowie Zusammensetzung im Interesse unserer Gesellschaft geschaffen wurden.“ Und im Februar 1988 kann die Stasi vermelden: „Nach dem Ausscheiden des Verdächtigen des TOV VI ‚Entomologe‘ und dem Übernehmen der Leitung der GNU durch den IMS ‚Eberhard‘ war ein stetiger Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen.“ Und: „Obwohl die Gruppe Natur und Umwelt zersetzt ist und nicht mehr existiert, verfolgt die unter OPK stehende Person weiterhin eine solche Linie, die politische Linie und gesellschaftliche Normen zu unterlaufen.“

Mitte Februar 1988 hielt Beleites in Dresden vor der Vollversammlung der Ökumenischen Versammlung der DDR-Kirchen ein „Zeugnis der Betroffenheit“ zum Thema Uranbergbau in der DDR. Zu diesem Zeitpunkt war seine Studie „Pechblende“ bereits seit längerem im Manuskript fertiggestellt, lag jedoch noch nicht vervielfältigt vor, wie Beleites gehofft hatte. Auszüge strahlte danach der Sender Freies Berlin aus und die Frankfurter Rundschau veröffentlichte seinen Vortragstext. „Auf Grund der staatlichen Zulassung der BRD-Journalisten bei dieser Veranstaltung kann gegen den Verdächtigen der § 219 StGB („Ungesetzliche Verbindungsaufnahme“; Anm.d.Red.) nicht herangezogen werden“, merkte die Stasi dazu in einem Zwischenbericht an.

Ohne staatliche Genehmigung durfte in der DDR nichts gedruckt werden, und die Möglichkeiten, selbständig Texte zu vervielfältigen, waren auf das Äußerste beschränkt. Kopierer oder Kopierläden gab es nicht, Wachsmatrizen und Drucker-schwärze nur in extrem schlechter Qualität und Klammern für mehr als 15 Blatt waren ebenfalls nicht erhältlich, beschreibt Beleites seine praktischen Schwierigkeiten. Mit geschenkten westlichen Wachsmatrizen und westlicher Drucker-schwärze hat Beleites dann schließlich Ende Mai 1988 eine Woche lang im Keller der Berliner Samariter-Kirchengemeinde an einer alten, mit Handkurbel zu betreibenden Maschine gestanden und rund 50.000 Seiten gedruckt.

Im Juli 1988 weiß die Stasi in einem Zwischenbericht der Kreisdienststelle Gera des Ministeriums für Staatssicherheit: „Im Ergebnis der operativen Maßnahmen im Rahmen der Bearbeitung des Pflugbeil, Sebastian OV ‚Reaktor‘ durch die HA XX/1 konnte die Fertigstellung der ca. 1.000 Exemplare der ‚Pechblende‘ und die Verbringung eines Teils durch den Verdächtigen (...) zum Wohnsitz seiner Eltern (...) festgestellt werden. Gleichzeitig wurde durch die HA XX/1 ein Exemplar der ‚Pechblende‘ sichergestellt und zur inhaltlichen Wertung an die HA XVIII/5 und zur strafrechtlichen Einschätzung der HA IX/2 übergeben.“ OV heißt „Operativer Vorgang“ und HA „Hauptabteilung“ der Stasi.

In ihrer „politisch-strafrechtlichen und operativen Wertung“ bedauert die Stasi, daß der „Verdächtige“ es wiederum verstanden habe „bei all seinen Handlungen und Aktivitäten unter der strafrechtlichen Relevanz zu bleiben.“ Jedoch sei seine Schrift „entsprechend ihres Charakters bei ihrer Verbreitung zur Auslösung von Unruhe, Angstzuständen und unkontrollierbaren Reaktionen unter der Bevölkerung, insbesondere in den Abbaugebieten in der

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz

DDR, geeignet." Daher sei ihre „Einziehung“ möglich, wenn sie in den Besitz der Deutschen Volkspolizei gelange.

Der Vizepräsident des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) gab in einer Einschätzung für die Stasi zu Protokoll: „Der Verfasser war bemüht, dem Papier den Charakter von Wissenschaftlichkeit und Objektivität zu geben. Viele Angaben, insbesondere zur Geschichte sowie zu naturwissenschaftlichen Grundlagen und technischen Prozessen, sind korrekt. Auch die geographischen Informationen dürften stimmen.“

Ihre „Zielstellungen der operativen Bearbeitung“ erweiterte die Stasi danach auf

- „- die Verhinderung des Aufbaus des Verdächtigen mit oder ohne evangelische Landeskirche als ‚Experte in Wismutangelegenheiten‘ bei gleichzeitiger Entlarvung seiner Person als ‚Scharlatan‘;
- der Herbeiführung der Trennung der Aktivitäten/Initiativen/Auftreten und Verhalten des Verdächtigen von der Kirche mit dem Ziel alle Handlungen seiner ‚Persönlichkeit‘ anzulasten, um damit den Konflikt mit der Kirche zu vermeiden;
- die Profilierung als ‚Führungspersönlichkeit‘ auf dem Gebiet des Umweltschutzes/Umweltpolitik zu verhindern, damit seine ‚Ausstrahlung‘ und Wirkungsmöglichkeiten wesentlich zu beschränken sowie flexibel eine Disziplinierung, Zersetzung und Verunsicherung zu gewährleisten;
- Schaffung der dazu notwendigen tatsächlichen Werte/Daten auf dem Gebiet des Umweltschutzes/Umweltbelastungen und ihre Wirkungen auf den Industriezweig SDAG Wismut (...) mit der Zielstellung des Erhaltes von Kenngrößen für eigene objektive Argumentation und zur Einleitung der Maßnahmen zur Abstellung erkannter Mißstände im Industriezweig SDAG Wismut auf diesem Gebiet.“

In einer „Information über „Reaktionen westlicher Medien auf das Machwerk“ berichtet der Leiter der Kreisdienststelle Gera des Ministeriums für Staatssicherheit („Streng vertraulich! Um Rückgabe wird gebeten!“), daß die westliche Presse „diffamierende Meldungen“ in Umlauf bringe, beginnend mit dem Evangelischen Pressedienst am 16.6.88, der Frankfurter Rundschau am 9.7.1988, dem Tagesspiegel, der BZ, der Süddeutschen Zeitung, der Berliner Morgenpost und dem Volksblatt Berlin, alle am 16.7.1988, Bild am Sonntag am 17.7.1988 und den Nürnberger Nachrichten am 18.7.1988. Die umfangreiche Veröffentlichung im Strahlentelex am 21.7.1988 war der Stasi dann aller-

dings keine Erwähnung mehr wert.

Bevor die „Disziplinierung, Zersetzung und Verunsicherung“ gegen Beleites organisiert wurde, ließ sich die Stasi ihre Meinung durch weitere Stellungnahmen und Gutachten zur „Pechblende“ bestätigen, unter anderem vom Zentralinstitut für Krebsforschung, vom Gebietsarzt des Gesundheitswesens Wismut, vom Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS), der Oberflußmeisterei Gera, der Bezirks-hygieneinspektion Gera und dem Ärztlichen Direktor des Bezirkskrankenhauses Gera.

Obwohl die „Sachverständigen“ wußten, daß die DDR-Gesundheitsstatistiken wegen der zu groben Rasterung, dem Zusammenspiel von sehr langen Latenzzeiten mit einer großen Bevölkerungswanderung sowie fehlender Daten des Wismut-Gesundheitswesens, für epidemiologische Bewertungen des uranbergbaubedingten Gesundheitsrisikos unbrauchbar sind, wurden diese immer wieder als „Beweis“ für die Ungefährlichkeit des Uranbergbaus zitiert. Damit, so Beleites, haben die staatlichen „Experten“ nicht nur ihre eigene Wissenschaft auf den Kopf gestellt, sondern auch die Stasi fehlinformiert. Existierende Gefahren seien bewußt verleugnet worden, um der Stasi eine „wissenschaftliche“ Legitimation für ihr Vorgehen gegen den Unruhestifter in die Hand zu geben.

Die „Disziplinierungen“ unter der Beleites wohl am meisten zu leiden hatte, waren seine „Einlegung“ in die Reisesperre und berufliche Behinderungen, die Verweigerung eines Studiums. Mehrere Gespräche, zu denen er einbestellt wurde, überstand Beleites offensichtlich nicht nur mit bewunderungswürdiger Gelassenheit, sondern er versuchte auch - vergeblich -, mit den tatsächlich Verantwortlichen sowohl der Stasi als auch der Wismut in direkten Kontakt zu kommen. Das hätte dem Prinzip widersprochen, nach dem keine direkten Gespräche zwischen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern und den betroffenen „Vorgangs-Personen“ stattfinden durften.

Von den auf ihn angesetzten Stasi-Informanten wurde keiner extra in meine Umgebung eingeschleust, berichtet Beleites. Einige gehörten sogar seit langem zur oppositionellen Szene. Zwei wollten freiwillig Stasi-Informanten werden, die anderen hätten sich mehr oder weniger starkem Druck gebeugt. Dieser Druck habe offenbar deshalb so gut funktioniert, meint Beleites, weil die von der Stasi ausgesuchten „IM-Kandidaten“ den - oft nur indirekt angedrohten - äußeren Konflikt mehr fürchteten, als den inneren Konflikt. Von den Stasi-Informanten, die bis zum Herbst 1989 Berichte über ihn

abgegeben hatten, sei im Jahr nach der Stasi-Auflösung kein einziger von sich aus zu ihm gekommen, um sich zu erklären oder zu entschuldigen, bemerkt Beleites. Den meisten sei er nach wie vor regelmäßig begegnet, und sie hätten auch gewußt, daß er seine Stasi-Akten eingesehen hatte. Einer habe sich beim Geraer Neuen Forum engagiert und bei der Kommunalwahl im Mai 1990 für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert. Ein anderer war bis Mitte 1990 gemeinsam mit Beleites Mitglied des Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi in Gera - zuerst für den Demokratischen Aufbruch, dann als Vertreter von amnesty international. Erst Ende 1990 seien einige bereit gewesen, ihre Zusammenarbeit mit der Stasi zuzugeben und mit ihm darüber zu sprechen. Ein Jahr nach der Stasi-Auflösung hätten einige noch nicht einmal ihren Ehepartnern erzählt gehabt, daß sie Stasi-Informanten waren.

Aus Angst vor ihrer „Dekonstruktion“ haben Spitzel zunächst weniger Interesse an einer Aufarbeitung gezeigt, als ihre Führungsoffiziere, erklärt Beleites. Aus einer jahrelangen Bewußtseinspaltung herauszufinden, sei sicherlich ein viel komplizierterer Prozeß, als die mit Überzeugung vertretene Politik als falsch zu erkennen. Mit der Ausführung von Aufträgen für die Stasi taten die meisten Spitzel etwas, das sie gleichzeitig verachteten, während die Führungsoffiziere sich in der Regel mit ihrer Tätigkeit identifizierten. So erleben wir heute, resümiert Beleites, daß diejenigen, die von ihrem Tun überzeugt waren, wie die Oppositionellen und viele hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter, weniger Probleme mit der Vergangenheitsbewältigung haben, als diejenigen, die mit einem gespaltenen Bewußtsein lebten, gegenüber staatlichen Stellen andere Meinungen vertraten, als im privaten Kreis, wie dies die meisten inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter taten - und die Mehrheit der Bevölkerung.

Heute zeigt sich ein fatales Bild der Vergangenheitsbewältigung. Es sind nur diejenigen Täter zu einer ehrlichen Aufarbeitung bereit, die ihre früheren Posten verloren haben, stellt Beleites fest. Die für seinen Fall verantwortlichen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter, die sich heute einer Aufarbeitung zur Verfügung gestellt haben und in seinem Buch Stellung bezogen, arbeiten jetzt als Versicherungsvertreter, Kipperfahrer, Pförtner und Altenpfleger. Einer ist arbeitslos. Die anderen Verleugnen ihre Mitschuld und haben sich in gehobenen Positionen gehalten. Das trifft nach Beleites Aufzählung - er nennt die Namen - speziell zu für Direktoren der Wismut und Strahlenschützer, Chefarzte und Ärztliche Direktoren im Uranbergbaubereich sowie der Wismut-Arbeits-hygieneinspektion und der

Fortsetzung Seite 5

Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz

Leitung des Nationalen Krebsregisters der DDR.

Aber Beleites klagt nicht an. Aus der von ihm vorgelegten Dokumentation, den Auszügen aus den Stasi-Akten, seinen parallel entstandenen Gedächtnisprotokollen und seinem Schriftwechsel belegt er mit einer oft erstaunlichen Distanz die grotesken Machenschaften seiner Schatten und die an ihn verübten und wirkenden tatsächlichen Behinderungen und Ungerechtigkeiten. Beleites versteht die Aufarbeitung seiner Vergangenheit aber als einen wechselseitigen Prozeß und es wuchs seine Neugierde, seine Verfolger persönlich kennenzulernen. Er gibt ihnen die Möglichkeit auch über ihr Erleben rückwirkend nachzudenken und eine persönliche Ebene für einen Neubeginn zu finden.

Beleites Geschichte dokumentiert aber auch die Methoden, mit denen ein Geheimdienst versucht, die Offenlegung radioaktiver Bedrohungen zu verhindern oder wenigstens zu behindern. Das ist ein Tätigkeitsfeld, das bestimmt das Ende der DDR überlebt hat.

Ein Beispiel, das sicherlich zufällig sein mag, aber gedankliche Nähe widerspiegelt: Der inzwischen geschaffte Technische Direktor des Uranaufbereitungsbetriebes Seelingstädt der SDAG Wismut, schrieb in einer von der Stasi bestellten und gegen Beleites gerichteten „Eingabe“ an das als Mitherausgeber von dessen Studie fungierende Kirchliche Forschungsheim Wittenberg: „Internationale Studien belegen, daß z.B. in den USA für ca. 35% der Krebstodesfälle Zusammenhänge mit Nahrungsfaktoren und der Ernährungsweise angenommen werden und daß weitere 30% Folgen des inhalierten Zigarettenrauchens sind und weitere Krebsrisiken im Zusammenhang mit hohem Alkoholkonsum und Umweltfaktoren stehen. Die Verringerung der Krebsrisiken erfordert deshalb eine Senkung des Zigarettenkonsums, Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten, Senkung des Alkoholverbrauchs, strikte Einhaltung aller Vorschriften des Strahlenschutzes und ein hohes Maß an Sexualhygiene. Das nationale Krebsregister des Zentralinstitutes für Krebsforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR führt einen jährlichen Zugang von etwa 7000 Bronchialkarzinomen in der DDR an und weist aus, daß für die bergbauaktiven Kreise des Uranbergbaus der DDR keine überdurchschnittlichen Werte auftreten.“

Anläßlich des 25jährigen Jubiläums des Fachverbandes für Strahlenschutz zitierte der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission beim Bundesamt für Strahlenschutz, Prof. Dr. Wolfgang Jacobi, jetzt in Aachen

unter der Überschrift „Strahlenschutzkonzepte: Ein Vorbild für den Umweltschutz?“ ebenfalls die genannte Studie, eine Abschätzung von Doll und Peto für die Bevölkerung in den USA aus dem Jahre 1981 (J. Nat. Cancer Inst. Vol. 66, 1192-1308 (1981)), sowie für ionisierende Strahlen eine Abschätzung nach Daten des Wissenschaftlichen Komitees der Vereinten Nationen UNSCEAR (1988) und Risikokoeffizienten der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP-Publ. 60, 1991). Die Deutsche Presseagentur (dpa) meldete danach: „Übermäßiges Essen, falsche Speisenzubereitung und Rauchen sollen weitaus häufiger tödliche Krebserkrankungen verursachen als chemische oder radioaktive Umweltschadstoffe. Dies erklärte Prof. Wolfgang Jacobi, ein Pionier des Strahlenschutzes (...). Jacobi widersprach damit der weitverbreiteten Meinung, Krebserkrankungen würden hauptsächlich durch chemische oder radioaktive Schadstoffe ausgelöst: „Das trifft absolut nicht zu.“ Vielmehr würden etwa 35 Prozent der Krebstodesfälle durch falsche Ernährung verursacht. Rund 30 Prozent der Krebstodesfälle sind nach Jacobi auf das Rauchen zurückzuführen, ein bis fünf Prozent auf chemische Verunreinigungen von Luft, Wasser und Nahrung, etwa drei Prozent auf ionisierende Strahlen und radioaktive Stoffe. Diese drei Prozent seien aber fast ausschließlich der natürlichen Strahlung zuzurechnen (gemeint ist Radon; Anm.d.Red.). Mithin müßten Strategien zur Minderung des Krebsrisikos in erster Linie auf richtige Ernährung und Verzicht auf das Zigarettenrauchen abzielen, betonte der Wissenschaftler.“

Gewisse „Fachleute“ und „Strahlenschutzler“ lassen ungern eine Gelegenheit aus, von ihren eigenen Aufgaben abzulenken. Th.D.

Michael Beleites: Untergrund - Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz, BasisDruck Verlag, Berlin 1991, ISBN 3-86163-044-3, 274 Seiten, DM 19,80.

Buchmarkt

Das Wismut-Erbe

Zeitgleich mit dem vorstehend beschriebenen Buch von Beleites erschien jetzt ein weiteres Buch zum Uranbergbau in Sachsen und Thüringen. Der Journalist Reimar Paul recherchierte ein Jahr lang bei Umweltschützern, bei Wismut-Offiziellen und ehemaligen Bergarbeitern. Entstanden ist daraus ein Buch über die Geschichte und die Folgen des Uranbergbaus der Wismut AG. Sein Bericht ist die spannende und beklemmende Chronologie einer ungehemm-

ten Ausbeutung von Mensch und Natur in der Mitte Europas.

Reimar Paul: Das Wismut-Erbe - Geschichte und Folgen des Uranbergbaus in Thüringen und Sachsen, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1991, 192 Seiten, DM 22,-. Das Buch kann auch über das Strahlentelex bestellt werden.

Bonn

Wismut endgültig übernommen

Der Deutsche Bundestag hat am 30. Oktober 1991 den Vertrag mit der Sowjetunion zur Übernahme der Wismut AG durch den Bund gebilligt. Das beschlossene Gesetz sieht auch vor, die Wismut AG in eine GmbH mit Sitz in Chemnitz umzuwandeln. Die Kosten der Sanierung des früher größten Uranproduzenten der Welt werden auf 13 bis 15 Milliarden DM in den nächsten 10 Jahren geschätzt, die vor allem der Steuerzahler als jetziger Alleineigentümer, vertreten durch den Bund, zahlen muß.

Die Oppositionsfractionen Bündnis 90/Grüne kritisierten, daß das Sanierungskonzept von der Bundesregierung als Geheimsache behandelt werde. Das Mißtrauen der Bevölkerung in den betroffenen Regionen sei verständlich. Auch dürfe die Sanierung nicht dem alten Wismut-Management aus DDR-Zeiten überlassen werden.

Der SPD-Wirtschaftspolitiker Uwe Jens forderte eine eindeutige Erklärung der Bundesregierung, daß der Uranbergbau nicht wieder aufgenommen wird und auch kein Zwischenlager für radioaktive Stoffe entsteht. Nach Angaben des noch amtierenden Wismut-Generaldirektors Horst Richter werden bei der Sanierung bis etwa 1995 noch jährlich 160 bis 230 Tonnen Uran anfallen, die auf dem Weltmarkt verkauft werden sollen. Werner Schulz vom Bündnis 90 kritisierte, mit dem neuen Gesetz sei noch nicht einmal der künftige Unternehmenszweck der neuen Wismut GmbH festgelegt worden. (dpa)●

Leserzuschriften

Forschungsreaktoren

Über die Denkschrift aus der Technischen Universität München zur Planung eines Forschungsreaktors München II hatte das Strahlentelex in seiner vorigen Ausgabe berichtet. Die Wissenschaftler hatten als Alternative den Bau einer Spallationsquelle empfohlen und den geplanten Forschungsreaktor als bereits vor Baubeginn überholt bezeichnet. Ergänzend dokumentierte das Strahlentelex eine Schilderung von Dietrich Antelmann über seinen bereits fünf Jahre andauernden Rechtsstreit gegen den Forschungsreaktor der Hahn-Meitner-Institut Berlin GmbH

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Forschungsreaktoren

(HMI). Dazu erhielt das Strahlentelex zwei Leserschriften, beide aus diesem Institut:

„Der im neuesten Strahlentelex gedruckte Artikel ‚5 Jahre Rechtsstreit gegen Berliner Forschungsreaktor - eine Bilanz von Dietrich Antelmann‘ muß selbst bei toleranter Einstellung Nachdenklichkeit über die Konzeption des Strahlentelex hervorrufen. Ich möchte diesbezüglich nur einige, mir naheliegende Punkte aufgreifen. Es ist mir unverständlich, wie die absurde Darstellung der Funktion des Rohrpostsystems am BER II sowohl Herausgeber als auch wissenschaftlichen Beirat passieren konnte. Absurd ist schon die Vorstellung, ein derartiges Transportsystem mit Wasserstoff betreiben zu wollen (s. Seite 5). Herr Antelmann versucht hier offensichtlich mit bewußt falschen Behauptungen Angst bei Lesern des Strahlentelex und Anwohnern in Wannsee zu verbreiten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Antelmann nicht die unterschiedlichen Eigenschaften von Wasserstoff und des tatsächlich benutzten Stickstoffs kennt. Die gleichfalls falsche Vorstellung, nach der man mit einer Rohrleitung Proben ‚direkt an den Atomkern‘ bringen kann, möchte ich nur als eine eher nachlässige Benutzung von Begriffen werten. Als Leiter der Abteilung ‚Spurenelemente in Gesundheit und Ernährung‘ im HMI muß ich die Behauptung (s. Seite 6) zurückweisen, daß wir am HMI ‚lebensfeindliche Forschung‘ betreiben würden. Genau das Gegenteil ist der Fall (...). In diesem Zusammenhang ist es sicher interessant zu wissen, daß wir schon mit der ‚Schnellen Rohrpost‘, die bereits am alten BER II ausschließlich für Analysen an klinischen Proben betrieben wurde, sehr nützliche Informationen über die Behandlung der Osteoporose sammeln und weitergeben konnten.“

Prof. Dr. P. Brätter

„In Ihrer letzten Ausgabe vom 7. November 1991 sind mindestens 25 % der Druckseiten mit einem Artikel von Herrn Dietrich Antelmann belegt. Als langjährige Mitarbeiterin der Abteilung N-4 ‚Spurenelementforschung in Gesundheit und Ernährung‘ des Hahn-Meitner-Instituts weiß ich ganz bestimmt, daß zwei Aspekte dieses Artikels nicht stimmen, nämlich: a) daß die ‚Schnelle Rohrpost‘ mit Wasserstoff als Treibgas bedient wird und b) daß die in unserer Abteilung durchgeführte Forschung lebensfeindlich ist. Wenn ich die Richtigkeit der Information im Artikel von Herrn Antelmann auf die anderen Beiträge Ihres Informationsblattes übertrage, die ich nicht kontrollieren kann, muß ich feststellen, daß Ihre Zeitung für mich das geglaubte Niveau verloren hat. Ich kündige daher ab sofort

mein Abonnement des Strahlentelex.“ **Dr. V. Negretti de Brätter**

Anmerkung der Redaktion: Als Treibgas der sogenannten Schnellen Rohrpost, mit der Materialproben zum Reaktorkern befördert werden können, dient in der Tat Stickstoff und nicht Wasserstoff. Daß ihr dieser Fehler im Beitrag von Dietrich Antelmann nicht auffiel, bedauert die Strahlentelex-Redaktion sehr. Richtig hätte dargestellt werden

müssen, daß die sogenannte Kalte Neutronenquelle des Forschungsreaktors zur Erzeugung langsamer (kalter) Neutronen aus einer an den Rand des Reaktorkerns gebrachten Schicht Wasserstoff besteht. Gemische aus Wasserstoff und Sauerstoff bilden Knallgas. Der Explosionsgefahr infolge eines möglichen Zutritts von (Luft-)Sauerstoff wird beim HMI-Reaktor durch Gefäßummantelungen mit Vakuum und Helium zu begegnen versucht. **Th.D.**

Plutoniumwirtschaft

„Wiederaufarbeitung“ mehr als zehnmals teurer als direkte Endlagerung

Auf einen bisher streng geheimgehaltenen Knebelvertrag „über die Erhaltung und Nutzung der Fertigungsmöglichkeiten für Mischoxid-Brennelemente für Leichtwasserreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland“ verpflichtet Siemens seit Januar 1988 alle Atomkraftwerksbetreiber. Der Entwurf dazu liegt der ZEIT vor und das ARD-Magazin Monitor machte ihn am 26. November 1991 öffentlich. Siemens bestätigt die Existenz eines solchen Vertrages.

Danach verpflichten sich die Energieversorgungsunternehmen (EVU) zunächst bis 1995 verbindlich zu einer „Auslastungszusage“ für die Hanauer Plutonium-Fabrikation. Die Fertigungsplanung soll „auf das Erreichen eines wirtschaftlich optimalen Fertigungsdurchsatzes ausgerichtet sein“. Die Zeit zitiert aus dem Rahmenvertrag: „Im Falle einer vom EVU zu vertretenden Unterschreitung der Auslastungszusage zahlt das EVU an Siemens eine Entschädigung in Höhe des Abrechnungspreises ... für den nicht in Anspruch genommenen Teil der vorgehaltenen Fertigungskapazität abzüglich ersparter Aufwendungen.“

In Hanau dürfen 460 Kilogramm des Supergifts Plutonium zur Herstellung sogenannter Mischoxid-(MOX-)Brennelemente gleichzeitig bearbeitet werden. MOX ist eine Mischung aus etwa 97 Prozent Uranoxid und 3 Prozent spaltbarem Plutonium. Der in herkömmlichen Uran-Brennelementen enthaltene Anteil von spaltbarem Uran-235 wird dabei durch Plutonium aus abgebrannten Uran-Brennelementen ersetzt. Dies wird von der Atomindustrie als „Wiederverwertung“ bezeichnet, obwohl sich bei diesen Vorgängen die Menge an letztlich endzulagernden radioaktiven Abfällen im Vergleich zur direkten Endlagerung vergrößert (vergl. Strahlentelex 25 u.27/1988). „Wiederverwerten“ kann in Deutschland bisher nur Siemens in Hanau. Offensichtlich ist Siemens an einer Stabilisierung des Wirtschaftens mit dem Bombenstoff Plutonium gelegen, wogegen seit April 1988 eine Verfassungsklage der SPD-Bundestags-

fraktion läuft (vergl. Strahlentelex 54/1989 u.35/1988).

Sensationell an diesem Vertrag ist auch, daß mit ihm erstmals die bisher geheimgehaltenen Preise für die Herstellung der MOX-Brennelemente bekannt werden. Danach legt Siemens einen „Grundpreis“ von 3.160 DM pro Kilogramm Schwermetall fest, ohne die gesamten Kosten der „Wiederaufarbeitung“. Das bedeutet, daß die Herstellung der MOX-Brennelemente bereits im Grundpreis fast doppelt so teuer ist wie die herkömmlicher Uran-Brennelemente. Bereits ein Vierteljahr nach Vertragsabschluß sei zudem der Grundpreis um 45 Prozent auf 4.600 DM angehoben worden, wird weiter gemeldet, und je nach Art und Menge der bestellten MOX-Brennelemente werde ein „Äquivalenzfaktor“ zwischen 0,97 und 5,00 wirksam, mit dem der Grundpreis multipliziert werden muß.

Dies bedeutet, daß MOX-Brennstoff allein in der Herstellung gut dreimal so teuer ist wie herkömmlicher Uran-Brennstoff. Und die Kosten für die Wiederaufarbeitung eingeschlossen, bei der für ein MOX-Brennelement vier verbrauchte Uran-Brennelemente nötig sind, ergibt sich, daß MOX-Brennelemente etwa dreizehnmal teurer als Uran-Brennelemente sind: 52,1 Millionen DM für vier MOX-Brennelemente, gegenüber 4 Millionen DM für solche aus Uran. Vier Brennelemente sind ein Viertel der für die jährliche Nachladung eines durchschnittlichen Druckwasserreaktors geplanten Menge. Der Glaubenssatz der Atomgemeinde, daß Stromerzeugung mit dem Bombenstoff Plutonium billiger würde als mit Uran, ist als Selbstbetrug entlarft.

Den gefährlichen Umweg über Wiederaufarbeitung und MOX zu gehen, wenn der mehr als zehnmals teurer ist als eine direkte Endlagerung der abgebrannten Brennelemente, ist wirtschaftlich wohl kaum zu vertreten. Kein Wunder, daß Siemens bisher mit allen Mitteln versucht hat, diesen brisanten Vertrag geheimzuhalten, schreibt Herbert Stelz in der Zeit vom 29.11.91. ●

Im Überblick

Folgende radioaktiven Cäsium-belastungen wurden in den vergangenen Wochen gemessen (in Becquerel Cäsium-Gesamtaktivität pro Kilogramm (Bq/kg)):

Milch

Rohmilch aus Berlin, 11./19.11.91
2,0-2,4

Marmelade

Preisselbeermarmelade, Allos/Walter
Lang Imkerhof, Hd.08.93 2

Nüsse

Haselnüsse aus der Türkei
24.10.91 70,4
31.10.91 1
von 1991 12,4
von 1990 21,2
Haselnußkerne, gehackt, King's Gold
100g, Ch.L1030, Hd.04.92 45
Haselnußkerne, gemahlen, King's
Gold, 200g, Ch.L1090, Hd.04.92 6
Haselnußkerne, gemahlen, apeks,
200g, Ch.TM, Hd.30.4.92 8

Zimtsterne, Bahlsen, 100g
Ch.1233, Hd.1.3.92 4
Nuß Sterne, Haerberlein-Metzger, 125g
Hd.1.3.92 11

Fisch

Hecht aus dem Müritzsee/Brandenbg.
29.10.91 5,4
Zander aus dem Müritzsee/Brandenbg
29.10.91 8,9
Karpfen aus Brandenburg, 12.11.91
3,1-3,4
Sardinen aus der Ostsee, 12.11.91
4,3-4,5

Fleisch

Schafffleisch
aus Brandenburg, 28.10.91
0,83-1,0
vom Vogelsberg,
Schlachtung 1991 6
aus Neuseeland, 28.10.91
0,74-0,94
aus Australien, 18.11.91
kleiner 0,31
Rindfleisch aus Mecklenburg-Vorp.
6.11.91 3,4-3,6
Rindfleisch aus Berlin
12.11.91 2,6-2,8
Rindernieren aus Berlin, 5.u.12.11.91
3,1-3,7
Rindfleisch i.eig.Saft, Konserve
Heino Handels GmbH,
6380 Bad Homburg, Hd.24.6.95
1,2
Gans aus Berlin, 9.11.91 kleiner 0,3
Hauskaninchen aus China, 18.11.91
kleiner 0,34

Pilze

Frost-Schneckling aus der Schorf-
heide/Brandenburg, 26.10.91
1707
Grünlinge aus Speenhagen/Brandenbg.
30.10.91 59
Maronenröhrlinge aus
6114 Gross-Umstadt, 11.91 35
6480 Wächtersbach, 18.10.91 81
Krause Glucke, Bremen 30.9.91 94
Butterpilze, Tangstedter Forst,
22.10.91 89
Hallimasch, Uhlenkrug/Kiel
28.10.91 12

Umweltproben

Buchenblätter Berlin-Wannsee,
24.9.91 9,4
Fichtennadeln, Berlin-Wannsee,
25.9.91 300

(Vorstehende Zahlenangaben, soweit nicht anders angegeben, in Becquerel Cäsium-Gesamtaktivität pro Kilogramm (Bq/kg); Ch. = Chargenbezeichnung, Hd. = Haltbarkeitsdatum)

Im Überblick, Quellen:

Messungen der Unabhängigen Meßstelle Berlin des Strahlentelex.
Strahlenmeßstelle des Berliner Senats, Wochenlisten v.4.-25.11.1991.
Eltern f. unbelastete Nahrung e.V., Kiel, Meßw.-Infos 19 u.20/91 v.8. u.22.11.1991.
Elternverein Restrisiko Wiesbaden, Strahlenbericht v.28.11.91.
Elternverein Restrisiko Emsland, Lingen, Meßlisten v.31.10.-13.11.91.
Umweltinstitut München e.V., Meßwerttabelle 41/91, November 1991.
Universität Bremen, Landesmeßstelle für Radioaktivität, Meßliste vom 30.9.-27.10.91.

Richtwertempfehlungen: In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) gilt ein Grenzwert für die Cäsium-Gesamtaktivität von 600 Becquerel pro Kilogramm für Nahrungsmittel, die aus Drittländern eingeführt werden, und von 370 Becquerel pro Kilogramm für Milch und Säuglingsnahrung. Unabhängige Experten rieten auf der Grundlage der Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung von 1976 zu Nahrung mit höchstens 30 bis 50 Becquerel pro Kilogramm Cäsium-Gesamtaktivität für Erwachsene und mit höchstens 10 bis 20 Becquerel pro Kilogramm für Kinder, stillende und schwangere Frauen. Dabei wurde von einem Anteil von 1 Prozent Strontium-90 bezogen auf den Aktivitätsgehalt an Cäsium-137 in Nahrungsmitteln ausgegangen. Der tatsächliche Strontium-Gehalt in der Nahrung liegt jedoch höher, wie Untersuchungsergebnisse zeigen. Deshalb und wegen Unsicherheiten bei den Bewertungsgrundlagen wird jetzt meist nur noch bis zu 5 Becquerel pro Kilogramm Cäsium-Gesamtaktivität als Höchstwert für Kindernahrung empfohlen.

An das Strahlentelex, Turmstraße 13, D-1000 Berlin 21

Strahlentelex-Abonnement

☐ Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von DM 86,- für 24 Ausgaben bzw. 12 Doppelnummern jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und nach Erhalt der Rechnung, wenn das **Strahlentelex** weiter zugestellt werden soll. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.

Ort/Datum, Unterschrift: _____

Vertrauensgarantie: Ich kann/Wir können das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen.
Ort/Datum, Unterschrift: _____

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich gestatte hiermit, den Betrag für das Abonnement jährlich bei Fälligkeit abzubuchen und zwar von meinem Konto

Nr.: _____

bei: _____

Bankleitzahl: _____
Ort/Datum, Unterschrift: _____

☐ Ja, ich will/wir wollen für das **Strahlentelex** Abonnenten werben. Bitte schicken Sie mir/uns dazu _____ Stück kostenlose Probeexemplare.

☐ Es handelt sich um ein Patenschafts-/Geschenk-Abonnement an folgende Adresse:

Name/Vorname: _____

Straße/Hausnummer: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Absender/Rechnungsadresse: Name/Vorname: _____

Straße/Hausnummer: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Kurz bemerkt

UV-Strahlung

Gen-Defekt durch Sonnenbestrahlung

Amerikanischen Medizinern ist es gelungen, genetische Schäden durch übermäßige Sonnenbestrahlung in den Tumorzellen von Patienten mit Hautkrebs nachzuweisen. Damit kann erstmals eine winzige Mutation in menschlichem Tumorgewebe auf ein bestimmtes Karzinogen zurückgeführt werden, in diesem Fall die ultravioletten Strahlen der Sonne. Der Nachweis des Gen-Defekts erfolgte an Patienten mit einem Hautkrebs, der nur in seltenen Fällen zum Tode führt (Basaliom). Frühere Studien hatten bereits einen Zusammenhang zwischen exzessivem Sonnenbaden und dieser Krebsart aufgezeigt. (dpa)●

Bukarest

Radioaktive Verseuchung im Unterlauf der Donau

Im Unterlauf der Donau, die dort die Grenze zwischen Rumänien und Bulgarien bildet, sind radioaktive Partikel entdeckt worden, die vermutlich aus dem als extrem unsicher geltenden bulgarischen Atomkraftwerk Kosloduj stammen. Wie die rumänische Agentur Rompres am 29. November 1991 berichtete, haben Bukarester Experten bestätigt, daß es sich um sogenannte Alpha-Strahler handelt. Der Leiter der beim Industrieministerium angesiedelten rumänischen Recycling-Kommission, Dolfi Drimer, habe über eine auf einem Wissenschaftskongreß in Bulgarien vertretene These berichtet, wonach Transporte von Nuklearabfällen, die auf der Donau von Kosloduj in die Sowjetunion verschifft werden, Ursache der Verseuchung sein könnten. (dpa)●

Kuwait/Irak

Uran aus dem Golfkrieg bedroht die Gesundheit

Giftige Rückstände der während des Golf-Krieges zur Befreiung Kuwaits von den Alliierten verschossenen Munition bedrohen nach Ansicht von Experten langfristig die Gesundheit der Bewohner Kuwaits und Südiraks. Wie die britische Zeitung „The Independent on Sunday“ unter Hinweis auf eine Geheim-Studie der britischen Atomenergie-Behörde AEA meldet, blieben durch Zehntausende verfeuerte panzerbrechende Geschosse in der Region insgesamt rund 40 Tonnen angereicher-

tes Uran zurück. Das giftige Schwermetall stelle, da es in die Nahrungskette gelangen könne, eine erhebliche Umweltbelastung dar.

Eine AEA-Schätzung besage, daß diese Uranmenge theoretisch ausreiche, um 500.000 Menschen zu vergiften. Die Menge der verschossenen uranhaltigen Munition sei allein schon ein großes Problem. Die AEA habe angeboten, Spezialisten zur Aufräumung zu entsenden, London habe jedoch noch nicht reagiert. (Reuter)●

DGB Technologieberatung

Der richtige Bildschirm

Eine Marktübersicht über strahlungsarme, ergonomisch empfehlenswerte Bildschirme hat die DGB Technologieberatung Berlin in Zusammenarbeit mit der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften der Technischen Universität Berlin in Form einer Broschüre mit dem Titel „Der richtige Bildschirm“ erstellt. Sie gibt Auskunft über ergonomische Anforderungen an Bildschirmgeräte, wobei insbesondere auf die Frage der Abstrahlung von Bildschirmgeräten und auf optische Qualitätsstandards eingegangen wird. Als Handlungs- und Entscheidungshilfe enthält sie eine Übersicht über derzeit am Markt erhältliche strahlungsarme ergonomisch empfehlenswerte Bildschirmgeräte. Die Broschüre ist eine Ergänzung zum Heft „Bildschirmarbeit human gestalten“ der DGB Technologieberatung vom Juni 1991. Bezug: DGB Technologieberatung e.V., Keithstraße 1-3, 1000 Berlin 30, Tel. 030/21199-87, -88, -05. ●

Verbraucherinformation

Besonders sparsame Wasch- und Spülmaschinen 1991

Eine Zusammenstellung besonders sparsamer Wasch- und Spülmaschinen hat der Energiebeauftragte der Stadt Detmold, Klaus Michael, zusammengestellt. Basierend auf einer Auswertung der Hausgerätemesse „Domotechnika“ in Köln vom Februar 1991 wurden 468 Waschmaschinen und 237 Spülmaschinen ausgewertet. Kühle Rechner wissen: die Strom- und Wasserkosten sind bei Wasch- und Spülmaschinen innerhalb ihrer Lebensdauer oft wesentlich höher als der Kaufpreis. Jede unnötige Kilowattstunde Stromverbrauch einer Waschmaschine pro Vollwaschgang kostet in 15 Jahren 702 DM, jede 20 Liter Wasser Mehrverbrauch kosten 280 DM. Etwas teurere, aber besonders sparsame Geräte können deshalb insgesamt deutlich weniger kosten, als billige Geräte mit hohem Verbrauch. Und viele der sparsamen Geräte sind nicht einmal teurer, stellt Klaus Michael fest.

Bei den am meisten verbreiteten Frontlader-Waschmaschinen sind es danach zum Beispiel 512 bis 2.387 DM, die ein besonders sparsames Gerät gegenüber einem durchschnittlichen oder einem verschwen-derischen innerhalb von 15 Jahren weniger kostet. Bei den Toplader-Waschmaschinen sind es 716 bis 1.544 DM. Auch bei Spülmaschinen kann man an besonders sparsamen Maschinen zwischen 281 und 1.240 DM Folgekosten sparen.

Bei der Berechnung der Kosten wurde ein Strompreis von 0,30 DM pro Kilowattstunde inklusive Mehrwertsteuer und Kohlepfennig sowie ein Wasserpreis von 6 DM pro Kubikmeter angenommen. Bei Waschmaschinen sind bei der Kostenermittlung 3 Vollwaschgänge pro Woche, bei der Spülmaschine 5 Spülgänge pro Woche angenommen.

Die Liste der besonders sparsamen Wasch- und Spülmaschinen 1991 ist erhältlich bei der Stadt Frankfurt am Main, Energiereferat 79/E, Philipp-Reis-Straße 84-86, 6000 Frankfurt/M 90, Tel. 069/79581-438, -439. ●

Strahlentelex

Informationsdienst * Unabhängige Meßstelle Berlin des Strahlentelex, Turmstraße 13, D-1000 Berlin 21. Tel. 030 / 394 89 60.

Herausgeber und Verlag: GbR Thomas Dersee, Bernd Lehmann Strahlentelex.

Redaktion: Dipl.-Ing. Thomas Dersee (verantw.), Dipl.-Ing. Bernd Lehmann.

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Hamburg, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Dr. med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr. med. Ellis Huber, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Frankfurt/M., Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer, Bremen, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.Do. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel, Prof. Dr.med. Michael Wiederholt, Berlin.

Erscheinungsweise und Bezug: Das Strahlentelex erscheint an jedem ersten Donnerstag im Monat als Doppelnummer. Bezug im Jahresabonnement DM 86,- für 12 Doppelnummern frei Haus. Einzel-exemplare DM 8,-.

Vertrauensgarantie: Eine Kündigung ist jederzeit und ohne Einhaltung von Fristen möglich.

Kontoverbindung: B.Lehmann, Sonderkonto Strahlenmessung, Konto-Nr. 199701-109, Postgiroamt Berlin West (Bankleitzahl 100 100 10).

Satz: In Zusammenarbeit mit LPC GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 1000 Berlin 61.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 1000 Berlin 61.

Vertrieb: Datenkontor, E.Feige, H.Slesiona, Badensche Str.29, 1000 Berlin 31.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 1991 bei GbR Thomas Dersee, Bernd Lehmann Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten.

ISSN 0931-4288